

**Liebe Mülheimer Mitbürgerinnen und Mitbürger!**



**Am 9. September findet ein Bürgerentscheid statt zu der Frage:**

***„Soll die Stadt Mülheim es in Zukunft unterlassen,  
in Bereichen der Daseinsvorsorge Gesellschaftsanteile,  
Gebäude und/oder deren Betreuung  
an nicht gemeinnützige Private zu übertragen?“***

*(insbesondere in den Bereichen Entsorgung, Stadtentwässerung, Versorgung mit Energie und Wasser, öffentlicher Personennahverkehr, Altenpflege, Schulen, Kindergärten und -tagesstätten, öffentliche Wege, Straßen, Plätze, Grünanlagen, Schienen-, Wasserwege und zugehörige Anlagen usw.)*

Sie können im Wahllokal mit Ja oder Nein abstimmen. Wenn mehr als 20% aller Wahlberechtigten (knapp 28.000) mit Ja stimmen, darf die Stadt 2 Jahre lang nicht weiter privatisieren. Die Wahlbenachrichtigung ging allen Mülheimer Wahlberechtigten zu, Deutschen und EU-Ausländern ab 16 Jahren. Sie können auch Briefwahl beantragen oder ab dem 13. August in Raum 111 im Rathaus ihre Wahl durchführen. Mehr zum Bürgerentscheid auf den folgenden Seiten.

**Ja!**

**Für die Erneuerung des  
2005 erfolgreichen Bürgerentscheids  
gegen weitere Privatisierung in Mülheim !**

# Die Initiatoren des Bürgerentscheids

Uwe Tschirner, Postreitweg 8

Daseinsvorsorge ist eine Kernaufgabe der Kommunen, um die für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendigen Güter, Infrastruktur und Leistungen für die gesamte Bevölkerung zu einem angemessenen Preis bereitzustellen. Gerade die Leistungen der Daseinsvorsorge gehorchen jedoch hinsichtlich ihrer Aufgabenerfüllung anderen Gesetzen als den Mechanismen des freien Marktes. Wie die Erfahrung häufig zeigt, führt die Privatisierung öffentlichen Eigentums deshalb genau zum Gegenteil dessen, was sie verspricht. Darüber hinaus bewirkt Privatisierung öffentlichen Eigentums eine zunehmende Entdemokratisierung der Daseinsvorsorge. Öffentliche Aufgaben werden der Haushaltskontrolle entzogen und die parlamentarische Kontrolle wird stark erschwert. Privatisierung führt zu Entsolidarisierung und sozialer Polarisierung. Soziale Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur und andere Bereiche, die für das Funktionieren einer demokratischen und solidarischen Gesellschaft notwendig sind, sollten daher prinzipiell dem privaten Gewinnstreben entzogen und öffentlich organisiert und finanziert werden. Darum trete ich dafür ein, dass das öffentliche Eigentum Mülheims in der Hand der Bürgerschaft verbleibt und wende mich gegen dessen Privatisierung.



**Lothar Reinhard, Karlsruher Straße 12**



In 5 Jahren Tätigkeit in Afrika sowie längeren Zeiten in Südasiens und Südamerika habe ich hautnah erlebt, wie fehlende demokratische Kontrolle, Filz und Korruption Entwicklung unmöglich machen. Viele Menschen dort sind abgeschnitten von der Grundversorgung. Genau das war bisher der wesentlichste Unterschied zu mitteleuropäischen Verhältnissen, weil insbesondere die Kommunen hier die Grunddaseinsvorsorge für alle gewährleisten.

Seit einigen Jahren aber versuchen auf breiter Front Privatfirmen, vor allem Großkonzerne, in kommune Pflichten von Ver- und Entsorgung, Bildung etc. einzusteigen, denn das sind risikolose Geschäfte.

Mülheim ist bei der Privatisierung bereits weit fortgeschritten: Nach Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Müll, Straßenreinigung sollen demnächst per PPP Schul- und andere Gebäude von Privaten betrieben werden. Typische Begleiterscheinungen jeder Privatisierung sind Geheimverträge und die Einschränkung demokratischer Kontrolle. Das (ver-)führt automatisch zu Filz und Korruption, Pöstchenschacherei auf Geschäftsführerebenen und Arbeitsplatzverdichtung bzw. -vernichtung unten.

Für den Verbraucher wird nichts besser, nur teurer und unübersichtlicher. Als Wähler ist er zudem weitgehend entmündigt, denn er kann wählen, wen er will, bei den wesentlichen Alltagsfragen ändert sich dadurch nichts mehr. Die Privatisierung der Daseinsvorsorge ist ein folgenschwerer Rückschritt, mit dem wir uns in Richtung 3. Welt bewegen. Mit einem Ja beim Bürgerentscheid am 9. Sept. können wir die Fehlentwicklung aufhalten!

**Reinald Schnell, Kuhlenstraße 4**

1935 wurde ich geboren. Die Zeit der Hitler-Diktatur habe ich aus der Sicht antifaschistischer Eltern erlebt. Als junger Mensch stellte man viele Fragen und suchte Erklärungen. In einem zerfletteten Buch fand ich den Abdruck eines Bildes von Georg Grosz „Stützen der Gesellschaft“ (1928). Zu sehen war der Akademiker mit Schmissen und Hakenkreuz, der Spießbürger mit Palmwedel und einem Nachttopf als Kopfbedeckung, der gutgenährte Bonze, der von Sozialismus redet, der Pfarrer, der ins Leere predigt und Feuer übersieht, der General mit Säbel und Pistole. Zusammen gefaltet habe ich diese Darstellung für lange Zeit in meiner Briefftasche immer bei mir gehabt.

Sie entsprach meinen Erfahrungen, Erkenntnissen und meinem Gefühl.

Gleichzeitig dokumentierte sie meine feste Überzeugung, dass materieller Besitz wesentlich Machtfragen beeinflusst und demokratische Mitentscheidungen erschwert. Dies hat mich sehr sensibel gemacht, wenn öffentliches Eigentum zur Disposition gestellt wird. Hier gewinnen schleichend gewinnorientierte / privatwirtschaftliche Interessen Einfluß auf demokratische / soziale / kulturelle Aufgaben des Staates.

Das Bild von Georg Grosz mag überzeichnet sein, aber es spricht Inhalte an, die bis heute ihre Gültigkeit haben.



## **Fahrdienste am 9. September zum Wahllokal:**

**Am Sonntag, dem 9. September, werden für den Bürgerentscheid nur 26 Wahllokale geöffnet sein. Deshalb werden wir am 9. September von 8 bis 18 Uhr Fahrdienste zur Verfügung stellen für alle, denen der Weg zum Wahllokal zu weit oder zu beschwerlich ist.**

**Rufen Sie an in der MBI-Geschäftsstelle: Tel.: 3899810**

# Termine zum Bürgerentscheid am 9. September

- **So., 26. Aug.:** Matinee im Kino im Forum um 14 Uhr mit dem Dokumentarfilm „Der große Ausverkauf“ von Florian Opitz zu Privatisierung und ihren Folgen
- **Mi., 29. Aug.:** Veranstaltung von Frau OB Mühlenfeld zu PPP im Schulwesen um 19 Uhr in der Stadthalle



- **Mi., 5. Sept.:** Experten-Hearing der BI „Mülheim bleibt unser“ um 19 Uhr im Handelshof: **Mit Werner Rügemer** (Autor des WDR 5-Features "Mülheim oder Das Schweigen"), **Prof. Arno Klönne** (Uni Paderborn) und **Harald Klimenta** (im wissenschaftlichen Beirat von Attac Buchautor u.a. von „Das Gesellschaftswunder“, darin „Privatisierung: Verkauft die öffentl. Hand ihre Pflichten? Fallbeispiel: Mülheim -Eine Stadt wird geplündert“)
- **Mo., 13. Aug. bis Fr., 7. Sept.:** Möglichkeit der Briefabstimmung im Rathaus, Raum 111, neben dem Ratsaal, werktags von 8 bis 16 Uhr, donnerstags und am 7. Sept. von 8 bis 18 Uhr
- **Mo., 20. Aug. bis So. 9. Sept.:** Holzhütte zur Information und Gespräch mit den Bürgern auf der Schloßstraße, Höhe Löhberg, i.d.R. werktags von 10 bis 18 Uhr besetzt



## Solidaritätserklärung

Wir sind Gewerkschaftsmitglieder, die der festen Überzeugung sind, dass die von der Landesregierung in NRW geprägte Parole „Privat vor Staat“ zum Nachteil der Bevölkerung mit allen Mitteln umgesetzt werden soll. Öffentliches Eigentum wird so zugunsten privater Kapitalinteressen umverteilt. Sogenannte ÖPP- Modelle (Öffentlich Private Partnerschaft) sind das Einfallstor für die Privatisierung öffentlichen Eigentums. Öffentliches Eigentum und seine Nutzung gehört zu einer demokratischen Struktur. Ohne sie können kommunale Pflichtaufgaben nicht maximal abgewickelt werden und die demokratische Kontrolle wäre erschwert.

Die Behauptung, ÖPP- Modelle würden das öffentliche Eigentum nicht privatisieren, lenkt von der Tatsache ab, dass Investoren gewinnorientierte, privatwirtschaftliche Interessen haben. Das schwächt demokratische Strukturen und bringt Gemeinden keine finanziellen Entlastungen. Eine hohe Verschuldung wird auf Jahrzehnte zementiert.

Die genannten Gründe veranlassen uns, den Bürgerentscheid „Mülheim bleibt unser“ zu unterstützen!

**Wim Ehlers** (Mülheim, Betriebsratsvorsitz., stellv. Ortsvorsitz FB 8 / Ver.di Essen)

**Edith Fröse** (Duisburg, Ver.di-Gewerkschaftssekretärin)

**Franz Kersjes** (Köln, ehemaliger Landesvorsitzender IG Medien, NRW)

**Dieter Kreuzenbeck** (Willich, Betriebsratsvorsitz WAZ – MSG)

**Wilfried Kühle** (Moers, Ver.di-Gewerkschaftssekretär)

**Friedrich Kullmann** (Niederkassel, Musiker Mitgl. Ver.di Landesfachgruppe Musik NRW)

**Lorenz Müller-Morenius** (Münster, Bundesvorsitz., Ver.di Fachgruppe Bildende Kunst, Ver.di-Ausschuss „Kulturpolitik“ NRW)

**Martin Nees** (Köln, Gewerkschaftssekretär, Ver.di FB 8)

**Heinz Pelz** (Essen, Ver.di Bezirkssenioren-ausschuss Essen)

**Hartmut Rain** (Mülheim, Ver.di Bezirksvorstnd, FB 8 Ruhr)

**Rainer Sauer** (Ver.di, Gewerkschaftssekretär FB 8 Ruhr)

**Thomas Schaus** (Mülheim, ehemaliger Vorsitzender Ortsverein Mülheim FB 8)

**Reinold Schnell** (Mülheim, Mitglied Ver.di-Landesfachbereichsvorstand NRW, Ver.di-Bezirksfachbereichsvorstand Ruhr)

**Norbert Striemann** (Mülheim, freier Journalist, Ver.di FB 8)

**Heinz Dieter Vennwald** (Mülheim, ehemaliger Ver.di-Vorstand FB 8)

## Spenden für den Bürgerentscheid

auf das MBI-Sonderkonto 0300933416, Stichwort „Spende Bürgerentscheid“ bei der Spardabank, BLZ 36060591. Spendenbescheinigungen sind möglich.

## Worum es geht beim Bürgerentscheid am 9.9. 2007:

- Die Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft, die die denkmalgeschützten Ostruhranlagen, die Ruhrstr., Bücherei, Rathaus-, Stadtbadanbau, Gesundheitshaus etc. baureif für die Ruhrpromenade umgestalten soll, bliebe rein städtisch. Die Stadt muss ohnehin alles alleine zahlen und für alles haften.
- Das langfristige Betreiben von Schulen, Kindergärten usw. darf nicht privaten Firmen übertragen werden, auch wenn diese Bau oder Sanierung der Gebäude durchführen.
- Ausgegliederte städtische Eigenbetriebe wie der Immobilienservice, MSS (MülheimerSportService), Grün&Wald und städtische GmbHs wie MST (Mülheimer Stadt Marketing), Sozialholding (Altenheime) und BtmH (Betriebe) dürfen weder ganz noch teilprivatisiert werden.
- Weitere Anteile der bereits teilprivatisierten Gesellschaften der Ver- und Entsorgung - insbesondere von medl, MEG, SEM, MVG, RWW und SWB - dürfen nicht verkauft werden.

Als neue Form der Privatisierung und wie ein Wundermittel für überschuldete Städte werden PPP-Modelle angepriesen, auf deutsch ÖPP (Öffentlich Private Partnerschaft). Das klingt gut, hat aber in der Realität mit gleichberechtigter Partnerschaft oft nichts zu tun. Erste Mülheimer Beispiele:

**Beispiel 1:** Die Ruhrbania-Projektentwicklungsgesellschaft (RPG): Über Jahre gaukelten die Ruhrbania-Fans Mühlenfeld/Sander/Schnitzmeier allen vor, bei Beteiligung einer privaten Firma an der RPG würde der Private die hochkomplizierte Baureifmachung der Promenadengrundstücke vorfinanzieren, was durch spätere Grundstücksverkäufe und Landeszuschüsse zurückbezahlt werde. Als im März der „Partner“ Reggeborgh vorgestellt und die Verträge abgestimmt wurden, zeigte sich, dass alleine die Stadt alles zahlt und für alles haftet, während der „Partner“ bestimmen darf und auch noch Millionen für Projektmanagement kassiert.

Wenn dann demnächst auch noch bei mehreren Schulen en bloc, beim Berufsschulzentrum, bei der „Zukunfts“schule Eppinghofen, bei Kindergärten, städtischen Altenheimen usw. ähnliche langfristige Verpflichtungen „mit Einredeverzicht“ eingegangen werden sollten, bleiben als Gestaltungsmöglichkeiten in unserer bereits jetzt hyperverschuldeten Stadt fast nur noch die Schließung von nicht PPP-Einrichtungen und das Zurückfahren städtischer Leistungen.

**Beispiel 2:** SKE, die Tochter des weltgrößten Baukonzerns Vinci, soll per PPP das Medienhaus am Viktoriaplatz bauen und 25 Jahre betreiben. Das wurde im Rat der Stadt am 14. Juni beschlossen, obwohl der entscheidende Vertrag über die sog. „Forfaitierung mit Einredeverzicht“ nicht vorlag. Die Stadt verpflichtet sich darin, auf 25 Jahre mit Widerspruchsverzicht einen Festbetrag bei der Bank zu zahlen, egal was sonst rund um das Medienhaus passiert.

